



Nr. 14

19. April 2024

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

18. Frauenpolitische Fachtagung

[Silberbach: „Armutrisiko für pflegende Angehörige eindämmen“](#)

Europäischer Polizeikongress

[Schutz vor Gewalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[Nachtigall: Karriere im öffentlichen Dienst soll attraktiver werden](#)

Thüringen

[„Loyalität hat Grenzen“ – auch für Beamtinnen und Beamte](#)

Berlin

[Becker: Keine Arbeitszeitverlängerung ohne Abbau der Besoldungsdefizite!](#)

Schleswig-Holstein

[Kein Bedarf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Verkehrswende: Infrastrukturfonds könnte Finanzierung sichern](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Mehr Leistungsorientierung an allen Schularten notwendig](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## 18. Frauenpolitische Fachtagung Silberbach: „Armutsrisko für pflegende Angehörige eindämmen“

**Wer in Teilzeit geht oder kündigt, um Angehörige zu pflegen, soll später deswegen nicht in Armut leben, fordert der dbb. Besonders für Frauen ist die Gefahr groß.**

„Die Pflege von Angehörigen darf nicht zu Altersarmut führen. Wir brauchen dringend die steuerfinanzierte Entgeltersatzleistung“, forderte dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach am 16. April 2024 auf der 18. Frauenpolitischen Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung in Berlin. Der dbb habe dem Familienministerium bereits ein Konzept für Familienpflegezeit und -geld vorgelegt. Ein solcher Ausgleich stehe auch im Koalitionsvertrag. „Leider hat sich die Bundesregierung in dieser Sache noch nicht bewegt“, kritisierte Silberbach. Für viele pflegende Angehörige sei es sehr schwierig, die Pflege mit Beruf und Familie zu vereinbaren. Silberbach weiter: „Insbesondere Frauen laufen in Gefahr, ihr Einkommen und ihren Job zu verlieren. Hier muss die Politik mit ausgleichenden Maßnahmen ansetzen.“ Die Pflege von Angehörigen erfordere viel Zeit und Energie und sei im deutschen Gesundheitssystem unerlässlich. „Wir haben in der stationären Versorgung schon lange das Versorgungslimit erreicht“, erklärte Silberbach. „Ohne pflegende Angehörige würde das System kollabieren.“

„Wir sind hier, um Sorgearbeit sichtbar zu machen, angemessen zu würdigen und gerecht zu verteilen“, betonte Milanie Kreuzt, stellver-

tretende dbb Bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. „Sorgearbeit betrifft uns alle und ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit, die in allen Bereichen unserer Gesellschaft Anerkennung finden muss.“ Da circa 70 Prozent der pflegenden Angehörigen Frauen sind, haben diese ein überproportional hohes Risiko, später von Altersarmut betroffen zu sein. Die Gewerkschaften müssen daher weiterhin auf politische Reformen drängen, die Frauen in allen Lebensphasen unterstützen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern. Kreuzt appellierte an die Politik: „Um echte Fortschritte zu erzielen, müssen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Sorgearbeit nicht länger für finanzielle Unsicherheit und Altersarmut steht, sondern als eine unschätzbare Leistung für unsere Gesellschaft anerkannt wird.“

Hintergrund:

Die Fachtagung stand unter dem Motto „Familie, Sorgearbeit, Altersarmut - die CAREseite der Medaille“. Die Expertinnen, Experten und Entscheidungsträgerinnen und -träger beleuchteten die Auswirkungen von Sorgearbeit auf die Erwerbstätigkeit von Frauen und die Bedeutung von Care-Arbeit in unserer Volkswirtschaft und Gesellschaft heraus. Weitere Infos gibt es unter [www.dbb-frauen.de](http://www.dbb-frauen.de).

## Europäischer Polizeikongress Schutz vor Gewalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

**Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht von Angriffen auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zu hören ist. Damit muss Schluss sein, fordert der dbb.**

„Die Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst ist ein absolutes No Go. Das darf nicht sein“, machte Andreas Hemsing, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Vorsitzender der komba gewerkschaft am 17. April 2024 auf dem Europäischen Polizeikongress in Berlin deutlich. „Die körperliche und seelische Unversehrtheit unserer Kolleginnen und Kollegen sicherzustellen, ist gerade in turbulenten Zeiten wie diesen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“ Das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates liege bei niedrigen 27 Prozent, die gesellschaftliche Verunsicherung,

Stimmungsmache gegen den Rechtsstaat und die Rauheit im Diskurs nehmen zu. „Unsere Kolleginnen und Kollegen halten die freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf der unser gesellschaftliches Leben fußt, aufrecht. Daher ist jede und jeder einzelne – sind wir alle gemeinsam dafür verantwortlich, dass diese Grundordnung weiter besteht.“ Hemsing erwartet auch mehr Rückhalt von der Politik: „Wir brauchen dringend eine systematische Erfassung der Angriffe auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie gut entwickelte Me-

thoden der Prävention, Reaktion und Nachsorge.“ Der Staat dürfe seine Beschäftigten nicht im Stich lassen.

Denn: Etwa ein Viertel der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hat schon Beleidigungen, Bedrohungen, (versuchter) Körperverletzungen und auch sexueller Gewalt erlebt. „Unsere Kolleginnen und Kollegen sind jeden Tag ganz vorn im Einsatz, damit Deutschland funktioniert, wir in Sicherheit leben können, Recht und Ordnung Gültigkeit haben und stets jemand da ist, der sich kümmert. Ein Angriff auf

eine Kollegin oder einen Kollegen ist ein Angriff auf uns alle. Es ist ein Angriff auf unsere Demokratie“, betonte Hemsing. Nur wenn der effektive Schutz der Beschäftigten vor jeglicher Form von Gewaltausübung tatsächlich für den Dienstherrn oberste Priorität genießt, werde auch dauerhaft in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes die Funktionsfähigkeit erhalten bleiben können. „Als dbb widmen wir uns mit ganzer Kraft diesem Thema, im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen – und nicht zuletzt im Sinne jeder einzelnen Bürgerin und Bürger, damit sie auch künftig auf ihren Rechtsstaat vertrauen können.“

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Bayern

### **Nachtigall: Karriere im öffentlichen Dienst soll attraktiver werden**

**Der öffentliche Dienst muss auf den zunehmenden Arbeits- und Fachkräftemangel reagieren, hat der Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) Rainer Nachtigall gefordert. Digitalisierung und Entbürokratisierung der Arbeit seien dabei wichtig, aber auch weitere Maßnahmen zur Personalbindung und -gewinnung.**

„Die Vorbildfunktion Bayerns ist wieder einmal gefragt“, sagte Nachtigall beim BBB-Hauptausschuss am 17. April 2024. Der Freistaat habe es als Dienstherr bisher immer geschafft, innovativ auf Herausforderungen zu reagieren. In der aktuellen Situation sei neben der Nachwuchsgewinnung wichtig, das vorhandene Personal vor Überlastung zu schützen und berufliche Perspektiven zu schaffen. „Im Koalitionsvertrag haben die Parteien diesen Willen bereits bekräftigt: „Wir werden daher die Beförderungsmöglichkeiten in Bayern für alle Beamtengruppen kontinuierlich weiter verbessern, auch durch Stellenhebungen“, zitierte Nachtigall. Auch zahlreiche weitere Punkte, wie etwa die Ausweitung der Arbeit aus dem „Homeoffice“ oder Teilzeit- Möglichkeiten in Führungspositionen, fänden sich bereits im Koalitionsvertrag und müssten nun angegangen werden. „Wir brauchen einen öffentlichen Dienst, der einen lebenswerten Arbeitsplatz bietet – für alle und mit allen!“, so der BBB-Chef.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker kündigte in seiner Rede weitere Maßnahmen

zur Stärkung des öffentlichen Dienstes an: „Der Freistaat Bayern bietet als moderner Arbeitgeber neben einer überdurchschnittlichen Vergütung und besten Karrierechancen bereits ein ausgezeichnetes Gesamtpaket für Nachwuchskräfte und vorhandene Beschäftigte gleichermaßen. Wir werden die Attraktivität des öffentlichen Dienstes aber auch künftig weiter zielgerichtet stärken. In Zeiten des Fachkräftemangels steht selbstverständlich auch die Personalgewinnung im Fokus. Dank unseres Karriereportals schaffen wir demnächst eine zentrale Einstiegsplattform mit optimalen Rahmenbedingungen für interessierte Bewerberinnen und Bewerber.“ Außerdem brachte der Minister seine Wertschätzung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zum Ausdruck, die „durch ihre unschätzbare Verlässlichkeit und Leistungsbereitschaft“ in Bayern „maßgeblich zum Gemeinwohl und einem effizienten Staatswesen“ beitragen würden. Füracker: „Herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie an den Bayerischen Beamtenbund für die erfolgreiche und partnerschaftliche Zusammenarbeit.“

## Thüringen

### „Loyalität hat Grenzen“ – auch für Beamtinnen und Beamte

**Gemeinsam mit Jura-Professorin Anna Leisner-Egensperger von der Uni Jena hat der tbb am 17. April 2024 über „Die Grenzen der Loyalität im öffentlichen Dienst“ informiert und diskutiert.**

„Werden Vorgesetzte zum Verdachts- oder Prüffall des Verfassungsschutzes auf Extremismus, kann daraus aber nicht auf Rechtswidrigkeit einer Weisung geschlossen werden. Eine Einstufung Vorgesetzter als Extremist hebt nicht die Folgepflicht gegenüber solchen Weisungen auf“, so Leisner-Egensperger. Dies könne lediglich ein Indiz auf Rechtswidrigkeit einer Anordnung sein. Es gebe daher Anlass, deren Rechtmäßigkeit genauer zu prüfen. „Im Zweifel muss der Beamte seine Bedenken sofort seinem unmittelbaren Vorgesetzten mitteilen. Bleibt die Anordnung aufrechterhalten, müssen Beamte sie dem nächsthöheren Vorgesetzten vorlegen. Wird dann eine solche Anordnung bestätigt, haben Beamtinnen und Beamte sie auszuführen; sind dann aber von eigener Verantwortung befreit.“ Leisner-Egensperger wies jedoch darauf hin, dass An-

weisungen durchaus verweigert werden können. Genau dann, wenn sie die Würde des Menschen verletzen, strafbar oder ordnungswidrig seien und dies für die Beamtinnen oder Beamten erkennbar wäre: „Das sichert das Beamtenrecht.“

Der tbb Vorsitzende Frank Schönborn sagte: „Die Teilnehmer haben jetzt eine viel klarere Vorstellung davon, wo die Grenze zwischen Gehorsam gegenüber dem Vorgesetzten und der Treue zur Verfassung verläuft – wir hoffen natürlich, dass den Thüringer Beamten ein solcher Konflikt erspart bleibt.“ Betroffenen riet er, sich im Zweifelsfall unverzüglich an die Personalräte oder Gewerkschaftsvertreter zu wenden.

Ausführliche Informationen zur Veranstaltung gibt es unter [www.thueringer-beamtenbund.de](http://www.thueringer-beamtenbund.de).

## Berlin

### Becker: Keine Arbeitszeitverlängerung ohne Abbau der Besoldungsdefizite!

**„Erst müssen die Besoldungsdefizite, unter denen die Berliner Landesbeamtinnen und -beamten seit vielen Jahren leiden, abgebaut werden, bevor eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auch nur andiskutiert werden kann“, sagte dbb Landeschef Frank Becker am 16. April 2024 zur Diskussion über entsprechende Plänen des Berliner Senats.**

Demnach solle den Spitzenverbänden des öffentlichen Dienstes in Berlin noch im Mai 2024 ein Gesetzentwurf zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf das 67. Lebensjahr zugehen. Becker machte deutlich, dass Senat und Abgeordnetenhaus zuerst „besoldungspolitische Hausaufgaben“ zu erledigen hätten. So fehle immer noch ein Gesetzentwurf zu der von der Regierungskoalition fest zugesagten Angleichung der Berliner Besoldung an das Bundesniveau. Auch angesichts der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessener Alimentation setze der Senat, wie schon die Vorgängerregierungen, auf eine „Verzögerungstaktik zu Lasten der Betroffenen“. Auch „Einbußen beim Weihnachtsgeld und die kom-

plette Streichung des Urlaubsgeldes sind entgegen anderslautender fester Zusagen nicht wieder kassiert worden“, so der dbb Landeschef.

Angesichts dieses „Berges unerledigter Altlasten“ treffe ein Gesetzentwurf zur Heraufsetzung der Lebensarbeitszeit beim dbb Berlin auf völliges Unverständnis und könne „gar provokativ auf die Betroffenen wirken“. Becker: „Empörung dürfte insbesondere auslösen, dass ausgerechnet ein Ländervergleich dafür herhalten soll, um den sich Berlin bei seiner Beamtenbesoldung nicht geschert hat, bis das Personal in Scharen abgewandert ist und die Funktionsfähigkeit der Exekutive auf der Kippe stand.“

## Schleswig-Holstein

### Kein Bedarf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz

**Nach Überzeugung des dbb schleswig-holstein besteht kein Anlass, die professionelle und gesetzeskonforme Arbeit des öffentlichen Dienstes infrage zu stellen. Das gelte auch für die Beachtung des Diskriminierungsverbotes. Deshalb sei kein entsprechendes neues Landesgesetz notwendig – Potenzial für Verbesserungen gebe es dennoch.**

Die Position vertrat der dbb sh auch in seiner Stellungnahme gegenüber dem Sozialausschuss des Landtages, der sich mit dem Entwurf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz beschäftigt. Dieser beinhaltet ein Diskriminierungsverbot im Rahmen öffentlich-rechtlichen Handelns. Auch eine Pflicht öffentlicher Stellen, behauptete Diskriminierungen aufwändig zu widerlegen, ist vorgesehen – ebenso wie das Entstehen von Schadensersatzansprüchen, wenn das nicht gelingt.

Der dbb sh hat hingegen darauf hingewiesen, dass diskriminierendes Handeln des öffentlichen Dienstes bereits jetzt verboten und auch mit diversen Reaktionsmöglichkeiten verbunden sei. „Selbstverständlich teilen wir das mit dem Gesetzentwurf verbundene Anliegen eines diskriminierungsfreien Handelns öffentlicher Stellen. Ein Blick in die Praxis und die bereits vorhandenen Vorschriften lassen jedoch keinen dringenden Bedarf für ein auf Schleswig-Holstein zugeschnittenes neues Gesetz erkennen“, hieß es vom dbb Landesbund am 16. April 2024.

Gleichwohl sieht auch der dbb sh Potenzial für Nachjustierungen der geltenden Rechtslage: „Diese sollten allerdings vorrangig auf Bundesebene erfolgen. Denkbar wäre zum Beispiel, Diskriminierungskriterien zu ergänzen und zu vereinheitlichen, den Geltungsbereich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auszuweiten und auch mögliche Diskriminierungen durch künstliche Intelligenz aufzugreifen.“

Nicht nur in der Stellungnahme zum Landesantidiskriminierungsgesetz, sondern auch zum „Landesaktionsplan gegen Rassismus“ hat der dbb sh zudem darauf hingewiesen, dass der öffentliche Dienst in aller Regel eine tadellose Arbeit leistet und auf die wenigen Ausnahmen zielgerichtet reagiert werden kann und muss. Aber: „Es sollte kein kontraproduktiver Generalverdacht provoziert werden. Denn der öffentliche Dienst ist nicht Teil des Problems, sondern vor allem Teil der Lösung, wenn es um die Bekämpfung von Rassismus geht.“

## Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

### Verkehrswende: Infrastrukturfonds könnte Finanzierung sichern

**Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) hat für die GDL die Notwendigkeit einer nachhaltigen und verlässlichen Finanzierung des öffentlichen Verkehrs in Deutschland erneut sichtbar gemacht. Nach jetzigem Stand würden bis 2027 18 Milliarden Euro fehlen, um die Schieneninfrastruktur auf ein funktionales Niveau zurückzubringen.**

Die GDL begrüßt daher den Vorstoß des Verkehrsministers, die Finanzierung der Sanierung und des Ausbaus der Schieneninfrastruktur mittels eines Infrastrukturfonds langfristig zu sichern. Den jüngsten Vorschlag des Ministers zur Finanzierung des Eisenbahnsystems durch Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) lehne man dagegen entschieden ab. „Der Trugschluss einer Finanzierungsumlage auf private Unternehmen und Investoren bei der Sanierung und dem Ausbau von Eisenbahninfrastruktur, wie sie in den vergangenen Jahren mehrfach diskutiert wurde, ist aus unserer Sicht höchst gefährlich und ein Schritt in die

falsche Richtung“, so der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky.

„Dieser Versuch eines Ausverkaufs von Infrastruktur ist die Fortsetzung einer Kette von Fehlern, die die Politik in den letzten Jahren getroffen hat. Sowohl der Versuch der Privatisierung 1993 sowie der Rückbau der Infrastruktur in Vorbereitung des später dann nicht realisierten Börsengangs haben zu dem geführt, was wir heute als Desaster erleben“, so der GDL Chef. Die Gewinnorientierung von privaten Investoren stehe immer im diametralen

Gegensatz zur Zielsetzung einer gemeinwohlorientierten Schieneninfrastruktur. Der Verkehrsminister müsse von ÖPP-Modellen absehen und stattdessen in eine nachhaltige, öffentliche Finanzierung des Eisenbahnsystems

investieren. Die Bundesregierung müsse jetzt die Verantwortung für die Modernisierung und den Ausbau der Infrastruktur übernehmen und sicherstellen, dass diese im öffentlichen Interesse betrieben wird.

## Deutscher Philologenverband (DPhV) Mehr Leistungsorientierung an allen Schularten notwendig

**Der DPhV spricht sich gemeinsam mit Olaf Köller, der mitverantwortlich für die PISA-Studie in Deutschland ist, für mehr Leistungsorientierung an deutschen Schulen aus.**

Bei einer Podiumsdiskussion mit Elternvertretungen sagt die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing am 12. April 2024: „Die für uns alle ernüchternden Ergebnisse der letzten PISA-Studie müssen Anlass sein, manches, was in den letzten Jahren entschieden wurde, kritisch auf den Prüfstand zu stellen. Wir treten für eine stärkere Bestenförderung an allen Schularten, insbesondere aber am Gymnasium, ein. Das ist unsere originäre gymnasiale Aufgabe: eine bessere Förderung der Schülerinnen und Schüler hin zur fachlichen Leistungsspitze. Dazu brauchen wir mehr und neu die politische Unterstützung unserer Kultusministerinnen und Kultusminister, wir wollen die Rückendeckung, Schwierigeres zu behandeln und höhere Leistungen fordern zu dürfen.“

Olaf Köller ergänzte: „Wichtig ist dazu der stärkere Fokus auf den Unterricht, die qualitätvolle, fachlich orientierte Unterrichtsentwicklung und eine von der Politik unterstützte positiv besetzte Diskussion über eine höhere Leistungsorientierung in allen Schularten. In der Mathematik- und Deutschdidaktik brauchen wir zudem konkrete Verbesserungsschritte zur Stärkung der diesbezüglichen Motivation der Schülerinnen und Schüler. In diesem Zusammenhang halte ich Veränderungen in der Lehrkräfte-

tebildung für ein einphasiges duales Lehramtsstudium insbesondere für die weiterführenden Schulen für nicht zielführend. Auch die Ständige Wissenschaftliche Kommission unterstützt diese Konzeption nicht, sondern spricht sich eindeutig für den kumulativ zu erwerbenden Kompetenzaufbau in zwei Phasen der Lehrkräftebildung aus.“

Mit Blick auf das Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) zur Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung betonten Lin-Klitzing und Köller die wichtige Rolle der Fachlichkeit im Studium. Man müsse alle Phasen der Lehrkräftebildung zusammen im Blick haben, selbstverständlich aber keine universitären Inhalte in die dritte Phase auslagern. Das einphasige duale Lehramtsstudium hingegen diene der Politik nur zur kurzfristigen Unterrichtsversorgung, nicht aber einer qualitätvollen Neuorientierung in der Lehrkräftebildung für alle Schularten. Lin-Klitzing plädierte für den Erhalt des mehrgliedrigen Schulwesens und des Gymnasiums: „Wir brauchen eine positiv besetzte Qualitäts- und Leistungsdebatte, damit künftig mehr Spitzenförderung auch politisch unterstützt wird.“ Voraussetzung dafür seien auch verbesserte Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte.

## Namen und Nachrichten

Am 25. April 2024 setzt der **dbb** die Verhandlungen über Arbeitsbedingungen bei den Nahverkehrsbetrieben in Nordrhein-Westfalen mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV NW) fort. „Dies entspricht der Erwartung unserer Mitglieder in der Nahverkehrsgewerkschaft im dbb, die sich mit 93 Prozent in der Urabstimmung für einen Vollstreik ausgesprochen haben. Mit diesem Ergebnis konnten wir den gewünschten Druck auf die Arbeitgeberseite ausüben. In der Konsequenz übersandte der

KAV am 11. April 2024 ein erweitertes Angebot, das wir bereits intern geprüft haben. Wir werten dieses neue Angebot als ein Zeichen der Gesprächsbereitschaft und nehmen daher die Einladung des KAV NW zu einem neuen Verhandlungstermin an“, erklärte der Verhandlungsführer und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Andreas Hensing am 18. April 2023. „Wir befinden uns nicht in der Friedenspflicht und haben uns trotzdem entschieden, dass wir bis zum 25. April 2024 auf weitere

Streikaktionen verzichten“, so Hemsing weiter. Zugleich machte er deutlich: „Je nachdem, wie der Verhandlungstermin ausgeht, behalten wir uns einerseits die Möglichkeit von Streikaktionen ausdrücklich vor. Und andererseits ist aus unserer Sicht auch erst nach der nächsten Verhandlungsrunde die Zeit gekommen, zu prüfen, in welcher Weise eine Schlichtung hilfreich sein könnte.“ Der Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen bei den Nahverkehrsbetrieben in Nordrhein-Westfalen (TV-N NW) wurde durch den dbb fristgerecht zum 31. Dezember 2023 gekündigt. Seitdem fanden drei Verhandlungsrunden ohne Ergebnis statt. Das Ziel des dbb ist es, den Tarifvertrag an die geänderten Rahmenbedingungen des kommunalen Nahverkehrs in NRW anzupassen. Da Anforderungen und Arbeitsbelastungen ständig steigen, ist es jetzt notwendig, Verbesserungen für alle Beschäftigten zu erreichen.

In den nächsten Wochen wird in Hessen über die Zusammensetzung der Personalräte entschieden. Der dbb Landesvorsitzende Heini Schmitt hat die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zur Stimmabgabe aufgerufen und für die Fachgewerkschaften im dbb geworben.

„Beteiligen Sie sich an der Wahl, geben Sie Ihre Stimme ab, geben Sie Ihre Stimme den Listen und Kandidatinnen und Kandidaten der Fachgewerkschaften des **dbb Hessen**“, sagte Schmitt am 16. April 2024. „Kein anderer Gewerkschaftsdachverband kennt die Strukturen des öffentlichen Dienstes besser und ist breiter vertreten und vernetzt.“

Ab sofort ist die Anmeldung zu den Aktionstagen „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ unter [www.zu-fuss-zur-schule.de](http://www.zu-fuss-zur-schule.de) möglich. Auch in diesem Jahr richten das Deutsche Kinderhilfswerk (DKHW), der ökologische Verkehrsclub VCD und der **Verband Bildung und Erziehung (VBE)** die Aktionstage wieder gemeinsam aus und rufen Schulen und Kindertageseinrichtungen in ganz Deutschland zur Teilnahme auf. Sie stehen dieses Jahr unter dem Motto „Kinder können das – Elterntaxi muss nicht sein!“ Vom 16. bis 27. September 2024 sollen möglichst viele Kinder eigenständig zu Fuß, mit dem Rad oder dem Roller zur Schule oder in die Kindertagesstätte kommen. In den letzten Jahren hatten zehntausende Kinder in ganz Deutschland mitgemacht und die Aktionstage zu einem großen Erfolg werden lassen.